

Bürgerbrief für Frieden und Demokratie

Sachlich fundierte Informationen für den souveränen Bürger

www.buergerbrief-für-frieden-und-demokratie.de

Ausgabe Juli 2024

Hinweis: Die einzelnen Texte stellen eine Kurzzusammenfassung bzw. einen Hinweis auf die Komplett-Artikel dar, die per Mausklick auf den jeweils blauen und unterstrichenen Text direkt aufrufbar sind. Kursiver Text gibt die Meinung der Redaktion (Red.) wieder.

Das politische und weltanschauliche [Selbstverständnis des Redaktionsteams](#) sowie das [Impressum](#) mit Haftungsausschluss und Angaben zum Datenschutz finden Sie auf unserer Homepage.

Einladung: Unsere Leser dürfen gerne mitmachen. Senden Sie hierzu bitte Verbesserungsvorschläge für diese Seite und/oder Artikel-Vorschläge (mit Link) an: info@buergerbrief-für-frieden-und-demokratie.de (Betr.: "BB-Artikelvorschlag"). Darüber hinaus würden wir uns sehr freuen, wenn uns unsere Leser weiterempfehlen würden.

Die Redaktion

Inhalt dieser Ausgabe

- **Editorial**
- **Guérot-Prozess – "Die politische Dimension ist fast überall und zunehmend erdrückend zu spüren"**
- **Paul Schreyer: "Die volle Macht der Regierung entfesseln"**
- **Milena Preradovic: "EU wurde für US-Konzerne gegründet" – mit Dr. Werner Rügemer**
- **Christian Fischer: EU – Demokratie?**
- **Widerstand gegen WHO in Japan, Großbritannien, Schweiz und USA**
- **Multipolar: Pandemieabkommen vorerst gescheitert**
- **Norbert Häring: IHR-Reform angenommen: WHO kann auf Verdacht Pandemien ausrufen**
- **NRhZ-Online: Aufhören, die Kolonie der USA zu sein!**
- **Peter Hänseler: Deutschland ist ein naiver Spielball der USA ohne Kraft zur Kehrtwende**
- **Eskalation im Ukraine-Krieg: Russisches Atomraketen-Frühwarnsystem getroffen**
- **Leo Ensel: Ukrainischer Angriff auf die globale Sicherheit**
- **Karin Leukefeld: Blutbad im Flüchtlingslager Nuseirat**
- **Jakob Reimann: Bomben auf "Hamas"**
- **N. Paech: Rolle des Internat. Gerichtshofs im Gaza-Krieg**
- **Hever: Der Tod einmal mehr ein Meister aus Deutschland**
- **Joachim Guilliard: Deutsche Verantwortung: gegen Völkermord, für die Menschen in Palästina**
- **D. Goeßmann: Israels geheimer Krieg gegen den IGH ...**
- **Norbert Häring: Norwegen behält Recht auf Barzahlung**
- **US-Gesetzentwurf untersagt der FED die Ausgabe digitaler Dollar**

Lasst uns wieder Brücken bauen!
Alle gehören zur Menschheitsfamilie.
Wir müssen lernen,
Konflikte ohne Gewalt zu lösen und
ohne Abwertung zu kommunizieren.

Editorial

*Dieser Bürgerbrief beginnt mit kritischen Hinweisen zur politischen "Kultur" in Deutschland. Ein Beispiel für die Verfolgung unerwünschter Meinungen ist die Kündigung von Ulrike Guérot durch die Universität Bonn. Die anstehende Aufarbeitung der Corona-Maßnahmen durch die Politik könnte ein weiterer Prüfstein für unsere **Demokratie** werden. Paul Schreyer, der die weitgehende Entschwärzung der RKI-Protokolle erreichte, legt uns punktuell dar, mit welchen Mitteln die Politik den Weg zu nicht wissenschaftsbasierten "staatlichen Durchgriffsrechten" im Sinne der WHO ebnete.*

*Die politische "Kultur" in der EU wird in zwei weiteren Beiträgen beleuchtet. Im Gespräch mit Milena Preradovic erläutert Werner Rügemer, dass die **Europäische Union** vor allem und von Anfang an ein den US-Interessen dienendes Unternehmen ist, und fordert eine Neugründung der EU ohne US-Dominanz. Christian Fischer macht sich anlässlich der EU-Parlamentswahl Gedanken über eine demokratischere Struktur der EU.*

*Gegen die **Bestrebungen der WHO**, über nationale Souveränitäten hinweg Einfluss auf die nationalen Rechtsverhältnisse zu nehmen, regt sich weltweiter Widerstand, wie von verschiedenen Autoren an den Beispielen Japan, Großbritannien, Schweiz und USA aufgezeigt wird. Daher lag zur Weltgesundheitsversammlung noch kein beschlussfähiger Entwurf für ein neues Pandemieabkommen vor. Hinsichtlich der Internationalen Gesundheitsvorschriften kritisiert Norbert Häring, dass diese nicht regelgerecht und mit gewissen Entschärfungen verabschiedet wurden.*

*Die unermüdliche Friedens- und Aufklärungsarbeit von Daniele Ganser ist mit der **"Aachener Auszeichnung für Menschlichkeit"** gewürdigt worden. In seiner Dankesrede betont er, dass wir den internationalen Handel, Diplomatie und Demokratie stärker entwickeln und uns aus den derzeitigen Kriegen heraushalten und die NATO verlassen sollten.*

*Die Rolle und das Verhalten der deutschen Regierung bzgl. des **Kriegs in der Ukraine** betrachtet Peter Hänseler unter Einbeziehung der Entwicklung im Zusammenhang mit dem Ersten und dem Zweiten Weltkrieg und dem Kalten Krieg. Dabei wirft er nicht nur einen Blick auf Großbritannien und die USA, sondern auch auf die Medien. Mit der Eskalation des Kriegs durch den Beschuss des russischen Voronezh-DM-Frühwarnradarsystems für Interkontinentalraketen beschäftigen sich Markus Reisner und Richard Strobl. In diesem Angriff sieht Leo Ensel einen Angriff auf die globale Sicherheit.*

b.w.

.... Fortsetzung Editorial

Karin Leukefeld und Jakob Reimann beschreiben die **unmenschliche Gewalt des israelischen Militärs** auf das Flüchtlingslager Nuseirat und auf das UN-Hilfswerk im Gazastreifen. Norman Paech ruft die Völker der Welt zum Druck auf Israel auf, um dessen Unmenschlichkeit zu stoppen. Shir Hever macht klar, dass das Liefern von Waffen, die zum Töten von Zivilisten eingesetzt werden, völkerrechtswidrig ist und daher auch Deutschland vor einem deutschen Gericht angeklagt werden müsse. Diese **deutsche Verantwortung** sieht auch Joachim Guilliard; sie wiege besonders schwer vor dem Hintergrund vor der Judenverfolgung in Europa durch einen deutschen Staat. David Goeßmann berichtet vom geheimen, aber erfolglosen Krieg der israelischen Regierung gegen den IGH.

Hinsichtlich der **Bargeldzahlung** berichtet Norbert Häring von gesetzlichen Regelung Norwegens, die das Recht der Bürger auf Barzahlung stärkt. Dagegen ist die Absicht der USA, durch die FED eine digitale Zentralbankwährung auszugeben noch nicht endgültig vom Tisch, wie TransitionNews berichtet.

Inhalt 

• Guérot-Prozess – “Die politische Dimension ist fast überall und zunehmend erdrückend zu spüren“

Wegen Plagiatsvorwürfen in einem nicht-wissenschaftlichen Buch von 2016 hat die Universität Bonn [der Politikwissenschaftlerin Ulrike Guérot zum 31.03.2023 gekündigt](#). Seit Langem ist sie wegen ihrer Äußerungen zum russischen Angriff auf die Ukraine und zur Corona-Pandemie umstritten. Guérot war auch eine der Erstunterzeichnerinnen des von Alice Schwarzer und Sahra Wagenknecht verfassten Manifests für Frieden, das ein Ende der Waffenlieferungen und Verhandlungen mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin forderte. Die [Professorin hat gegen die Kündigung Klage erhoben](#). Das Arbeitsgericht entschied am 24.04.2024, dass die [Kündigung rechtmäßig](#) sei und stellte eine "Pflichtverletzung der Klägerin durch Täuschung" fest.

Im Nachgang zu dem Verfahren am Arbeitsgericht [erhob der Anwalt von Guérot, Tobias Gall, schwere Vorwürfe gegenüber dem Gericht und der Universität Bonn](#). Die Universität habe, “derart maßlos Vorwürfe zusammengetragen und bewertet, dass sie nicht mehr zum Boden der Tatsachen zurückkehren konnte“. Und das Gericht habe die Rechtslage ins Gegenteil verkehrt. Gall hat Berufung angekündigt. Im Interview legt Gall dar, dass die gegen Guérot erhobenen Plagiatsvorwürfe “selbst in einer Dissertation keinen Plagiatsverdacht begründen“. Da es sich nicht um wissenschaftliche Bücher handele, sei der Verdacht eines wissenschaftlichen Fehlverhaltens nicht zu begründen. Hinzu komme, dass das einzige Buch, auf das sich das Gericht am Ende abstützte, 2016, also Jahre vor der 2021 beginnenden Anstellung in Bonn, geschrieben worden sei. Laut Gall kann die Begründung der vorgeworfenen Pflichtverletzungen “die dadurch veranlasste Rufschädigung nicht im Entferntesten tragen“. Der Richter habe “nicht die Kraft, Souveränität und Unabhängigkeit gefunden [...], die offenkundige Rechtslage zu Lasten der örtlichen Universität festzustellen“. Laut Gall hat der Streit zwischen Guérot und der Universität begonnen, als “sich die Universität veranlasst sah, eine von Friedensbemühen gezeichnete politische Äußerung meiner Mandantin zum Ukraine-Krieg scharf zu verurteilen“. Und: “Es muss aber kein [politischer] Einfluss mehr ausgeübt werden, sondern die politische Dimension wirkt zunehmend und in einem unterschiedlichen Ausmaß des Bewussten in allen öffentlich wirksam handelnden Beteiligten.“

[Ulrike Guérot](#), Jg. 1964, ist Politikwissenschaftlerin und seit 2016 Professorin für Europapolitik und Demokratieforschung an der Donau-Universität Krems. Sie ist Gründerin des 'European Democracy Labs' an der 'European School of Governance' in Berlin. Sie publizierte verschiedene Bücher zu Europa und die dortige Nationenbildung. (Red.)

[Marcus Klöckner](#), studierte Soziologie, Medienwissenschaften und Amerikanistik, wirft als Journalist und Autor einen kritischen Blick auf Medien und Herrschaftsstrukturen. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Paul Schreyer: **“Die volle Macht der Regierung entfesseln“**

Nachdem die [RKI-Protokolle](#) seit dem 30.05.2024 weitgehend entschwärzt vorliegen, geht Paul Schreyer ausführlich der Frage nach, [was hinter der Hochstufung der Risikobewertung im März 2020 steckt](#). Entgegen der bis Februar 2020 vom Gesundheitsminister und vom RKI (Robert-Koch-Institut) vertretenen Meinung, keinen Lockdown auszurufen, hatte Heiko Rottmann-Großner, Leiter der Unterabteilung “Gesundheitssicherheit” im Gesundheitsministerium, am 24.02.2020 nachdrücklich empfohlen, in keinem offiziellen Pandemieplan enthaltene Lockdown-Maßnahmen vorzubereiten. Woher Rottmann-Großner die Empfehlung hatte, wird von ihm nicht preisgegeben.

Aber er hat im Februar 2019 an einem Planspiel teilgenommen, bei dem es um die “Koordinierung der Maßnahmen gegen einen vorsätzlichen biologischen Angriff” mit einem “gentechnisch veränderten Wirkstoff” ging und das von privat finanzierten US-Institutionen organisiert worden war. Die Teilnehmer mussten sich verpflichten, Geheimhaltung darüber zu wahren, wer was gesagt hat. Das Übungsgeschehen lief laut Schreyer “bei allen Szenarien stets auf drei Ziele zu: Ausnahmezustand, Massenimpfung und ausgeweitete staatliche Durchgriffsrechte”. Und der zentrale Informationsknotenpunkt sollte die WHO sein.

Zurück zu den Abläufen in deutschen Gremien: Noch am 27.02.2020 wird im RKI-Protokoll festgehalten: “Zur Evidenz der Wirksamkeit von Quarantänemaßnahmen (z.B. Abriegelungen) gibt es keine Informationen.” Trotzdem gab der RKI-Vizepräsident Lars Schaade im März das Signal, die Risikobewertung am 17.03.2020 von “mäßig” auf “hoch” zu setzen, womit in Deutschland der Ausnahmezustand ermöglicht wurde. Für die Hochsetzung des Risikos gibt es beim RKI keine Dokumente, also keine wissenschaftliche Basis. Schon für die Hochsetzung von “gering bis mäßig” auf “mäßig” am 02.03.2020 gab es seitens des RKI keine Begründung, aber Kritik “vom Bundesgesundheitsministerium, dass das Risiko vom RKI zunächst zu gering eingestuft war. Es sollte aber nicht zu sehr eskaliert werden, um Panik etc. zu vermeiden.” Eine Beeinflussung der Risikobewertung durch die Politik hat es also schon vor dem 17.03.2020 gegeben.

In der Zeit vom 03.03. bis zum 17.03.2020 wurde in den USA die Zahl der Corona-Testungen durch die Politik massiv nach oben getrieben. Dadurch wurde die Anzahl der positiv Getesteten von 100 in den sechsstelligen Bereich gebracht, was dort unter zusätzlicher Änderung der Falldefinition dazu führte, dass am 13.03.2020 der nationale Notstand ausgerufen wurde und dann die nationale Katastrophenschutzbehörde FEMA die Führung in der Coronakrise übernahm. Das führte in Deutschland zu erhöhtem Druck und dazu, dass die Risikobewertung auf das Niveau gehoben wurde, die den Ausnahmezustand ermöglichte. Laut Schreyer hat dabei das RKI gewusst, dass “die veränderte Falldefinition sowie die höhere Anzahl an Testungen [...] den Anstieg der Fälle erklären” können. – Schreyer geht dann noch auf die gesetzlichen Voraussetzungen für den Notstand, die Rolle der unterschiedlichen Akteure und auf die verschiedenen Pandemieübungen in den USA ein.

[Paul Schreyer](#), Jg. 1977, Autor (“Wir sind die Guten, Ansichten eines Putinverstehers”; “[Wer regiert das Geld?](#)”) und freier Journalist, u.a. für die Online-Portale 'Telepolis', 'NachDenkSeiten' und 'Global Research'; Mitherausgeber des [online-Magazins 'multipolar'](#). (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Milena Preradovic: **“EU wurde für US-Konzerne gegründet” – mit Dr. Werner Rügemer**

Im Interview mit Milena Preradovic legt Werner Rügemer dar, dass die EU nicht nur eine Erfindung der USA ist, sondern bei dem jüngst von der EU gefeierten 20-jährigen Jubiläum der EU-Osterweiterung auch deutlich wurde, dass für die USA die Priorität immer auf der militärischen Aufstellung anfangs gegen die Sowjetunion und nach der Wende gegen Russland im Vordergrund stand. So sind die osteuropäischen Staaten erst fünf Jahre nach ihrem NATO-Beitritt in die EU aufgenommen worden; im EU-Aufnahmekandidaten Kosovo haben die USA den riesengroßen Militärstützpunkt ‘Camp Bondsteel’. Die EU sei nicht souverän, sondern hänge immer noch am Rockzipfel von USA und NATO. Schon vor Ende des Zweiten Weltkriegs entstand der Plan eines gemeinsamen Binnenmarktes, der vor allem den Profiten der US-Industrie dienen sollte. Auch heute diene der europäische Raum dem Gewinn der US-Finanzriesen, in deren Händen sich die erfolgreichen europäischen Konzerne befinden. Das Europaparlament sieht Rügemer der privilegierten Kapitalbürokratie der Kommission unterstellt. [Rügemer fordert, dass die EU neu gegründet wird](#), ohne von den USA dominiert zu sein. Die europäischen Staaten einschließlich Russland müssten sich für eine eigene Sicherheitsarchitektur zusammentun. (Video, 28m26)

[Punkt.Preradovic](#) “greift aktuelle, heiße und kontroverse Themen auf“. Auf dieser Plattform diskutiert Milena Preradovic, [Moderatorin, Medientrainerin und Autorin](#), mit “meinungsstarken Koryphäen“. (Red.)

[Werner Rügemer, Jg. 1941](#), Publizist, Buchautor, Referent, Berater und Stadtführer; thematische Schwerpunkte: Internationale Kapital- und Arbeitsverhältnisse, Privatisierung und Unternehmenskriminalität sowie die Entwicklung des Weltsystems nach Prinzipien des Völkerrechts und der Menschenrechte; Vorstandsvorsitzender der ‘aktion gegen arbeitsunrecht’, Beirat von ‘attac Deutschland’ und Mitbegründer der Initiative ‘Gemeingut in BürgerInnenhand’ (gib). (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Christian Fischer: **EU – Demokratie?**

“Nach der Wahl zum EU-Parlament wird das Wahlergebnis gern als Gefahr für die Demokratie kommentiert, weil die rechte Seite des politischen Spektrums stärker wurde. Zu viele Bürger und Bürgerinnen seien den Populisten auf den Leim gegangen. Das ist eine ziemlich oberflächliche Betrachtung. Zuerst sollten wir uns einmal fragen, was es mit der euro-skeptischen Haltung von (angeblich?) zweifelhaften Demokraten auf sich hat, oder genauer: wie die EU-Parlamentswahl selbst unter demokratischen Gesichtspunkten zu werten ist.“ So Christian Fischer in seinem Zwischenruf vom 23.06.2024.

Im Folgenden [werden die “demokratischen Defizite“ nicht nur der EU-Parlamentswahl, sondern der EU insgesamt genannt](#), was auch als ein Grund für das relativ schlechte Abschneiden der EU-Propaganda-Parteien bezeichnet wird. Darüber hinaus werden Überlegungen formuliert, welche Kriterien eine nationenübergreifende europäische Organisation denn erfüllen müsste, wenn sie sich an demokratischen Prinzipien orientieren würde. “Wenn unsere Politiker solche demokratieorientierten Überlegungen, die hier nur kurz und längst nicht zu Ende gedacht gestreift wurden, öffentlich anstellen und vielleicht sogar Taten folgen lassen würden, wäre Nationalisten oder anderen Extremisten viel Wind aus den Segeln genommen. Das wäre gewiss die beste Brandmauer gegen alle Feinde der Demokratie.“

[Christian Fischer, Jg. 1951](#), promovierter Ingenieur, zahlreiche Fachpublikationen in Bauphysik; politisch und journalistisch tätig mit Publikationen in den Zeitschriften ‘Zeit-Fragen’, ‘Zeitgeist.online’; Redaktionsmitglied beim ‘Bürgerbrief für Frieden und Demokratie’. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

● Widerstand gegen WHO in Japan, Großbritannien, Schweiz und USA

Die Nationale Bewegung zum Schutz des Lebens vor der WHO in Japan hat eine große Protestaktion am 31.05.2024 in Tokio angekündigt. Am 13.04.2024 demonstrierten in Japan bereits [Zehntausende gegen die WHO und ihre geplante Machtergreifung](#). Die Demonstranten wehren sich gegen das Pandemie-Abkommen und die IGV-Änderungen der WHO, die am 28./29.05.2024 auf der WHO-Generalversammlung (WHA) beschlossen werden sollen. Sie sind auch besorgt über die betrügerischen und regelwidrigen Beschluss- und Genehmigungsverfahren der WHO.

Die britische Regierung hat [angekündigt, den WHO-Pandemievertrag nicht zu unterzeichnen](#). Ein Sprecher des Gesundheitsministeriums sagte: "Wir werden die Annahme des Abkommens nur dann unterstützen und im Namen des Vereinigten Königreichs akzeptieren, wenn er eindeutig im nationalen Interesse des Vereinigten Königreichs ist und die nationale Souveränität respektiert."

Das 'Aktionsbündnis freie Schweiz' (ABF Schweiz), das sich gegen die geplante Verabschiedung eines Pandemievertrags und der Änderungen der Internationalen Gesundheitsvorschriften (IGV) der WHO wendet, ruft die Mitbürger dazu auf, sich an der laufenden Briefaktion zu beteiligen und noch mehr Politiker anzuschreiben. Um dies zu erleichtern, hat ABF Schweiz eine Datei mit Politikeradressen auf ihrer Webseite veröffentlicht. Um das [Bewusstsein für die Gefahren des Pandemievertrags und der ergänzten IGV zu schärfen](#), plant die ABF Schweiz noch weitere Maßnahmen. Insgesamt betont das Aktionsbündnis die Notwendigkeit des Engagements und der Zusammenarbeit, um die Souveränität der Schweiz zu schützen und die demokratischen Prozesse zu wahren. ABF Schweiz setzt sich entschieden gegen die Pläne der WHO ein und ruft dazu auf, gemeinsam aktiv zu werden, um diese zu bekämpfen.

Alle 49 republikanischen Senatoren haben US-Präsident Joe Biden förmlich dazu aufgefordert, seine [Unterstützung für die Ausweitung der Pandemiebefugnisse der Weltgesundheitsorganisation \(WHO\) zurückzuziehen](#). In dem Brief argumentieren die Senatoren, dass der schlechte Umgang der WHO mit der Covid-19-Krise die Notwendigkeit größerer Reformen unterstreiche. Man dürfe der Organisation nicht stattdessen mehr Befugnisse einräumen, da sonst die Souveränität der USA bedroht sei. Die Parlamentarier betonen, dass jede derartige Vereinbarung als Vertrag betrachtet würde, der nach Artikel I, Abschnitt 2 der US-Verfassung die Zustimmung mit Zweidrittelmehrheit im Senat erfordere, und daher nicht zustande komme.

[Peter F. Mayer](#) studierte Physik und betreibt heute den "Blog für Science & Politik" (tkp.at). Er war vorher für Medien wie den ORF, die Presse oder das 'profil' tätig, bevor er [dem Mainstream den Rücken gekehrt](#) hat. (Red.)

[Norbert Häring](#), Jg. 1963, Volkswirt; seit 1997 Wirtschaftsjournalist (Gründer der 'Financial Times Deutschland'), seit 2002 beim Handelsblatt. Häring betreibt eine eigene Homepage. (Red.)

[TransitionNews](#) wird herausgegeben von der genossenschaftlichen Internet-Plattform 'Transition Media', die aus der 2020 von Christoph Pfluger gegründeten Datenbank Corona-Transition hervorgegangen ist. Die Plattform setzt sich für Meinungsvielfalt, Transparenz und gesellschaftskritischen Austausch ein. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

● Multipolar: Pandemieabkommen vorerst gescheitert

Am 24.05.2024 gab die WHO bekannt, dass [kein abstimmungsfähiger Text zum seit mehr als zwei Jahren vorbereiteten Pandemieabkommen](#) vorgelegt werden könne. Auf der diesjährigen Weltgesundheitsversammlung der WHO vom 27.05. bis 01.06.2024 in Genf sollten eigentlich

verbindliche Beschlüsse dazu gefasst werden. Im Vorfeld der Versammlung hatten sich kritische Stimmen gegen das geplante Abkommen gemehrt. So hatten 24 republikanische Gouverneure von US-Bundesstaaten die US-Regierung aufgefordert, den WHO-Verträgen nicht zuzustimmen. Mehrere Entwicklungsländer (u.a. Südafrika) kritisierten das geplante Abkommen, da es nur den westlichen Ländern helfe. Zudem wurde kritisiert, dass Änderungsvorschläge für die IHV (Internationale Gesundheitsvorschriften) nicht termingerecht vorgelegt wurden, womit gegen das Legalitätsprinzip verstoßen worden sei. Das sieht das Bundesgesundheitsministerium nicht so und erklärte, das Pandemieabkommen sei "nicht endgültig gescheitert" und brauche "mehr Zeit".

[Paul Schreyer](#), Jg. 1977, Autor ("Wir sind die Guten, Ansichten eines Putinverstehers"; "[Wer regiert das Geld?](#)") und freier Journalist, u.a. für die Online-Portale 'Telepolis', 'NachDenkSeiten' und 'Global Research'; Mitherausgeber des [online-Magazins 'multipolar'](#). (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Norbert Häring: **IHR-Reform angenommen: WHO kann auf Verdacht Pandemien ausrufen**

["In einer Nacht- und Nebelaktion"](#) (so Norbert Häring) hat die Weltgesundheitsversammlung am 01.06.2024 einen der Öffentlichkeit bis dahin unbekannten Text zur Reform der Internationalen Gesundheitsvorschriften (IHR) angenommen, der auch den abstimmenden Delegationen bis wenige Stunden vor der Abstimmung nicht bekannt war. Um die IHR-Reform auf dieser Weltgesundheitsversammlung regelgerecht verabschieden zu können, hätte laut Artikel 52 IHR vier Monate vorher ein abstimmungsfähiger Text vorliegen und verteilt werden müssen. Zur Reform gehört, dass der WHO-Generaldirektor künftig schon eine "pandemische Notlage" ausrufen kann, wenn er die Gefahr sieht, dass Gesundheitssysteme überlastet werden, wie es bei jeder größeren Grippeepidemie der Fall ist. Keinen Eingang in das Reformdokument fanden der sogenannte One-Health-Ansatz und die damit zusammenhängende Ermächtigung der WHO, jede Zoonose und auch Ereignisse und Entwicklungen mit indirekten Auswirkungen auf die Gesundheit, wie zum Beispiel den Klimawandel, zur Gesundheitsnotlage erklären zu können. Die IHR-Reform wird zehn Monate nach der Annahme durch die Weltgesundheitsversammlung für alle Länder bindend, die nicht nach Art. 59 IHR innerhalb dieser Frist für sich eine Ausnahme reklamieren. Die Frist wurde im Vorgriff auf die jetzige IHR-Reform verkürzt. Ein WHO-Pandemievertrag soll innerhalb eines Jahres vereinbart werden.

[Norbert Häring](#), Jg. 1963, Volkswirt; seit 1997 Wirtschaftsjournalist (Gründer der 'Financial Times Deutschland'), seit 2002 beim Handelsblatt. Häring betreibt eine eigene Homepage. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- NRhZ-Online: **Aufhören, die Kolonie der USA zu sein!**

Das Aachener Bündnis 'Diplomatie statt Waffen und Sanktionen' hat zum zweiten Mal die 'Aachener Auszeichnung für Menschlichkeit' und zwar an Daniele Ganser verliehen. Die erste Auszeichnung ging 2023 an Eugen Drewermann, der dieses Jahr die Laudatio hielt.

Darin heißt es: "Das ist mein Appell heute. Wer ihre Bücher liest, Herr Ganser, begreift, dass wir als Westeuropäer uns lösen müssten von den Amerikanern. Warum fürchten die USA, dass Deutschland und Russland, Westeuropa und Russland, im Frieden miteinander leben, Handel treiben könnten mit China? Einfach weil das der Alptraum wäre, den Brzezinski 1997 schon formuliert hat. Wir hätten dann einen Wirtschaftsraum, der von Lissabon bis Wladiwostok reichen könnte und damit die amerikanischen, imperial-kapitalistischen Ansprüche unmöglich machen würde. Man fürchtet nicht den Russen. Man fürchtet den Frieden mit dem Russen... Deshalb brauchen wir Krieg in Europa, brauchen wir Krieg gegen Russland, brauchen wir Aufrüstung gegen

China, brauchen wir eine deutsche Flotte im Pazifik. Müssen wir dabei sein? Müssen wir überhaupt nicht! [Wir müssen unabhängig werden und aufhören, die Kolonie der USA zu sein...](#)"

Ganser, der sich sehr für die Laudatio bedankte, betonte dann, dass er die Forderung "Raus aus der NATO" absolut "unterstütze - dass wir Demokratie stärken sollen - dass wir Diplomatie stärken sollen - dass wir ins Gespräch gehen sollen und nicht töten sollen - dass wir Medien für den Frieden brauchen und nicht Medien für den Krieg - dass wir uns nicht der Rüstungsindustrie unterwerfen sollen... Ich bin sehr gerne hier mit Ihnen... Und ich möchte, dass Sie wissen, dass wir die Mehrheit sind. Es sieht immer so aus, als wenn wir ganz wenige sind. Aber wir sind wirklich ganz, ganz viele, die grundsätzlich keine Kriege wollen, die nicht wollen, dass Deutschland in einen Krieg mit Russland hineingezogen wird... Ich möchte mich noch einmal ganz, ganz herzlich bedanken für diese Ehrung, für diese Stärkung. Und ich hoffe, dass wir uns untereinander immer stärken können. Das ist ganz wichtig."

Die [NRhZ-Online](#) orientiert sich in ihrer unabhängigen, engagierten und kritischen Berichterstattung an der traditionsreichen 'Neuen Rheinischen Zeitung', die am 1. Juni 1848 in Köln gegründet wurde und sich der Aufklärung verpflichtet hatte. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

● Peter Hänseler: **Deutschland ist ein naiver Spielball der USA ohne Kraft zur Kehrtwende**

Peter Hänseler betrachtet die deutsche Entwicklung im Zusammenhang des Ersten und Zweiten Weltkriegs, des Kalten Krieges und des Ukraine-Konflikts in seinem Verhältnis zu Großbritannien und den USA und stellt eingangs fest: "[Deutschland hat noch immer nicht gemerkt, dass die USA nicht ihre Freunde sind](#), sondern die stolze und großartige (vormalige) Industrienation für die Durchsetzung eigener Ziele kaltblütig ins Verderben treiben."

Den deutschen Politikern und Medien zeigt Hänseler auf, dass sich an der Hauptstoßrichtung der Hegemonen seit über 120 Jahren nichts geändert hat. "Versteht man die Herzlandtheorie von Mackinder, welcher das Britische Weltreich bereits 1905 in Gefahr sah, und verinnerlicht man sich die Strategie von Brzesinski und Friedman, so machen der 1. Weltkrieg und auch die heutigen Spannungen viel mehr Sinn." Demnach besteht die größte Bedrohung der Seemächte Großbritannien und USA durch diejenigen, die das [Herzland](#) (Osteuropa und das europäische Russland) beherrschen, denn diese würden die Welt beherrschen. "Das Ziel ist somit, das Zusammengehen Deutschlands mit Russland zu verhindern. Kann man Russland als großen Gegner nicht schwächen, so steht die Möglichkeit offen, das Zusammengehen dadurch zu verhindern, dass man Deutschland und Russland zu Feinden macht und/oder Deutschland zerstört."

Laut Hänseler sind die USA angesichts der Eskalation in und um die Ukraine "auf dem 'richtigen' Weg". Hänseler hebt in seiner Betrachtung hervor, dass bei der Schwächung von geopolitischen Gegnern der USA zwar die militärische Auseinandersetzung immer wieder stattfindet, dass es dabei aber nicht um einen Sieg über den Gegner geht. So werde auch bei einer sich abzeichnenden militärischen Niederlage der Krieg eben mit dem Ziel der Schwächung weitergetrieben – im Unterschied zur Fortsetzung eines verlorenen Krieges aus dem Grund, sich eine Niederlage nicht eingestehen zu wollen. Dass die deutsche Regierung diese Lage erkennt und im Hinblick auf die Interessen des eigenen Landes die Instruktionen aus den USA nicht mehr befolgt, dazu bestehe wenig Hoffnung angesichts derer "kompletten Kompetenzlosigkeit". Den Personen in der politischen Führung des Landes bleibe daher nichts anderes übrig, als sich ihre Jobsicherheit durch ihre "Loyalität" gegenüber Washington zu erhalten. Auch Neuwahlen würden da nicht weiterhelfen. Wirkliche Kontrahenten gegen dieses Vasallentum würden mittlerweile wie in den 1930-er Jahren mundtot gemacht. "Um einen globalen Krieg zu verhindern, bedürfte es eines Weckrufs der martialischen Art, wie etwa dem Kollaps des Finanzsystems oder ein militärisches Reagieren Russlands. Ob solche Ereignisse zum Nachdenken oder zur Eskalation führen würden, ist

jedoch unmöglich zu beurteilen. Die Hauptverantwortung für diese Situation tragen meines Erachtens jedoch die Leitmedien im Westen. Eine objektive Berichterstattung über die letzten 10 Jahre hätte diese Entwicklung in der Politik und im Volk verunmöglicht.“

[Peter Hünseler](#), Jg. 1964, studierte Rechtswissenschaften an der Universität Zürich und arbeitete dort anschließend als wissenschaftlicher Assistent. Er betreibt den Blog [‘Stimme aus Russland’](#). Er ist Schweizer und lebt in Moskau. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

● Eskalation im Ukraine-Krieg: Russisches Atomraketen-Frühwarnsystem getroffen

Auf am 24.05.2024 aufgetauchten Bildern ist zu erkennen, dass zumindest eines der beiden in Armawir stationierten russischen Voronezh-DM-[Frühwarnradarsysteme bei einem gezielten Drohnen-Angriff schwer beschädigt](#) wurde. Ihr Ausfall könnte die Fähigkeit Russlands, ankommende nukleare Bedrohungen zu erkennen, beeinträchtigen. Laut Markus Reisner, Historiker und Militärexperte, sei es “durchaus schlüssig, dass die USA mit dem durch die Ukraine ausgeführten Angriff auf die Voronezh-DMs in Armavir Russland zeigen möchte, dass man die unerträgliche Situation der russischen Drohungen mit Atomwaffen nicht länger akzeptieren möchte“. Nach Reisner könnte der Angriff auf Armavir “die Bedingungen erfüllen, die Russland im Jahr 2020 öffentlich für gegnerische Angriffe festgelegt hat, die einen nuklearen Vergeltungsschlag auslösen könnten. Hinzu kommt der Umstand, dass eine mögliche Zusammenarbeit Russlands mit seinen engen Verbündeten im Raum eingeschränkt wurde, zum Vorteil von engen Partnern der USA.“

Laut dem norwegischen Militärexperten Thord Are Iverson ist es in Zeiten internationaler Spannungen [keine gute Idee, solche Einrichtungen anzugreifen](#). “Es gibt haufenweise Ziele in Russland, die man mit Drohnen angreifen kann. Und es gibt eine Handvoll Ziele, die man vermeidet, und dies gehört dazu.“

[Inhalt](#) ↑

● Leo Ensel: Der ukrainische Angriff auf die globale Sicherheit

Laut Leo Ensel ist der ukrainische Angriff auf die Module des russischen Raketenabwehrsystems auch ein Angriff auf die globale Sicherheit. Es seien keine russischen Angriffspotenziale, sondern ein System angegriffen worden, das die Zweitschlagfähigkeit Russlands ermöglichen soll. Im Interview erinnert Ensel daran, dass alle Akteure in der Ukraine in der Verantwortung seien, “dass dieser Krieg sich nicht noch weiter ausbreitet: zu einem europäischen, am Ende gar zum Dritten Weltkrieg, der früher oder später mit thermonuklearen Bomben geführt würde und das Ende der Menschheit, ja allen Lebens auf diesem Planeten bedeuten könnte! Aus diesem Grund hatte Joe Biden es auch seit Kriegsbeginn abgelehnt, die Ukraine mit Waffensystemen auszustatten, die in der Lage wären, russisches Terrain in der Tiefe zu attackieren. Aber diese rote Linie wird gerade zunehmend aufgeweicht, was im Umkehrschluss nichts Anderes bedeutet, als dass wir dem thermonuklearen Abgrund jede Minute näherkommen ... Es gibt Risiken, die nicht eingegangen werden dürfen!“

Ensel erinnert auch an die Kuba-Krise, “die in erster Linie durch die umsichtige Diplomatie der damaligen Staatschefs John F. Kennedy und Nikita Chruschtschow - übrigens beide an ihren jeweiligen Militärs und Geheimdiensten vorbei - gerade noch rechtzeitig beigelegt werden konnte“. Und er erinnert an den russischen Oberstleutnant Stanislaw Petrow: “Am Horizont zeichnet sich also nichts weniger ab, als die gespenstische Vision der Entscheidung über Sein oder Nichtsein unseres gesamten Planeten durch Künstliche Intelligenz, sprich: durch Automaten! Idyllische Zeiten, als ein Mann wie Petrow immerhin noch um die acht Minuten Zeit hatte, als

Mensch aus Fleisch und Blut eine Entscheidung zu treffen.“ Und er erinnert an “Männer wie Willy Brandt, Olof Palme und Michail Gorbatschow, [die das Problem] bereits vor Jahrzehnten auf den Punkt gebracht [haben]: [Im Atomzeitalter ist Sicherheit nur noch zusammen mit, nie aber gegen den ‘Gegner’ möglich!](#) In diesem Sinne sind also alle - ob es uns passt oder nicht - heute ‘Sicherheitspartner’. Es wird allerhöchste Zeit, nach diesem Prinzip der ‘Gemeinsamen Sicherheit’ wieder zu denken und zu handeln!“

[Leo Ensel](#) ist Konfliktforscher, interkultureller Trainer und Autor etlicher Studien über die wechselseitige Wahrnehmung von Russen und Deutschen. Im Neuen Ost-West-Konflikt gilt sein Hauptanliegen der Überwindung falscher Narrative und der Rekonstruktion des Vertrauens. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Karin Leukefeld: **Blutbad im Flüchtlingslager Nuseirat**

Mit einer Kommandooperation im palästinensischen Flüchtlingslager Nuseirat im Gazastreifen haben israelische Spezialkräfte am 08.06.2024 vier israelische Geiseln befreit. US-amerikanische und britische Geheimdienste haben die israelischen Spezialkräfte unterstützt. Der Einsatz fand am Vormittag unweit eines belebten Marktes unter Einsatz von Kampffjets, Drohnen, Quadcopter, Panzern und Fallschirmjägern statt. Laut Augenzeugen haben die Spezialkommandos zivile Lastwagen für humanitäre Transporte benutzt, was von der IDF dementiert wurde. Die Befreiten wurden zu einem am Mittelmeerstrand wartenden Militärhubschrauber gebracht und ausgeflogen. Anschließend war der Markt laut Augenzeugen von Leichen und schwer Verletzten übersät. Zahlreiche Fotos von Nachrichtenagenturen zeigen eine Spur der Verwüstung. Angaben der palästinensischen Gesundheitsbehörden zufolge stieg die Zahl der Toten bis 10.06.2024 auf 274 Menschen, [unter den Toten wurden 64 Kinder gezählt, 57 Frauen und 37 ältere Menschen](#). Die Hamas teilte mit, dass auch drei Geiseln getötet wurden, darunter ein US-Bürger. Die Zahl der Verletzten stieg auf 798. Das Al-Aqsa-Krankenhaus im benachbarten Deir al-Baleh, zu dem die Verletzten und Toten gebracht wurden, ist laut Medien mit der Vielzahl von Verletzten und Toten überfordert gewesen. In ihrem Bericht fügt Karin Leukefeld noch Stellungnahmen von verschiedenen Persönlichkeiten an, bevor sie auf die Nahostreise von US-Außenminister Antony Blinken eingeht. Demnach hat Blinken Gespräche in Ägypten, Israel, Jordanien und Katar geführt, um Unterstützung für den Waffenstillstandsplan von Joe Biden zu finden, dem Israel angeblich zugestimmt habe und der der Hamas noch nicht vorliegen soll.

[Karin Leukefeld](#), Jg. 1954, Studien der Ethnologie, Islam- und Politikwissenschaften, Ausbildung zur Buchhändlerin. Seit 1997 freie Journalistin. Sie ist die einzige deutsche Journalistin mit einer Akkreditierung in Syrien. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Jakob Reimann: **Bomben auf “Hamas“**

Die Zahl der zivilen Opfer im Gazastreifen steigt: Bei einem [Luftangriff auf eine Schule des Hilfswerks der UNO für Palästina-Flüchtlinge](#) im Nahen Osten (UNRWA) in einem Flüchtlingslager im Gazastreifen sind am 06.06.2024 laut den palästinensischen Behörden mindestens 40 Menschen getötet und über 70 weitere zum Teil schwer verletzt worden. Unter den Toten seien 14 Kinder und neun Frauen. Die Getöteten hatten laut UNRWA-Generalsekretär Philippe Lazzarini zusammen mit 6'000 weiteren Vertriebenen in der Al-Sardi-Schule Zuflucht gesucht. Seit Kriegsbeginn am 7. Oktober vergangenen Jahres wurden 180 UNRWA-Schulen und andere Einrichtungen der UN-Organisation angegriffen, so Lazzarini. Hierbei seien mindestens 450 Personen getötet worden. Trotz fortgesetzter Bemühungen um eine Waffenstillstandsvereinbarung intensivierte das israelische Militär seine Offensiven und

bombardierte mit Bureij und Maghazi auch mindestens zwei weitere Flüchtlingslager in Zentralgaza. Ein vor Ort befindlicher Reporter von Al-Dschasira berichtete, dass in den 24 Stunden vor dem Angriff auf die Al-Sardi-Schule mindestens 102 Menschen in Gaza vom israelischen Militär getötet worden seien. Die Organisation 'Ärzte ohne Grenzen' (Médecins Sans Frontières, MSF) bezeichnete die Situation in den Krankenhäusern in Zentralgaza am 05.06.2024 als "apokalyptisch". Allein im Al-Aqsa-Hospital seien seit 04.06. mindestens 70 Tote und mehr als 300 Verletzte aufgenommen worden, die meisten davon Frauen und Kinder. Unterdessen sind laut Al-Dschasira bei israelischen Razzien im besetzten Westjordanland, vor allem in den Bezirken Qalqilya und Jerusalem, 60 Palästinenser festgenommen worden. Laut der palästinensischen Gefangenorganisation waren die Razzien die größten seit Anfang des Jahres. Am 06.06.2024 wurde außerdem bekannt, dass sich Spanien nach Irland als zweites europäisches Land dem von Südafrika angestregten Völkermordverfahren vor dem Internationalen Gerichtshof (IGH) gegen Israel angeschlossen hat, weil eine weitere Eskalation zu befürchten sei.

[Jakob Reimann](#) arbeitet nach seinem Masterabschluss als freier Journalist und Autor. Er ist Gründer und Herausgeber der Website 'JusticeNow!'; seine Themenschwerpunkte Osteuropa, Balkan und Naher Osten. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

● Norman Paech: **Die Rolle des Internationalen Gerichtshofs im Gaza-Krieg**

Angesichts der bisherigen Erfolglosigkeit des IGH (Internationaler Gerichtshof) auf das Verhalten Israels im aktuellen Gaza-Konflikt, aber auch schon davor, stellt sich Norman Paech die Frage, "welche Bedeutung kommt der internationalen Gerichtsbarkeit bei der Verhinderung und Bewältigung von Kriegen überhaupt zu". Paech analysiert die Verfahren zu den israelischen Angriffen auf Gaza 2008-2009 und 2014, zur Legalität der israelischen Besatzung (einschließlich Mauerbau), zur aktuellen Verletzung der Völkermordkonvention durch Israel, zur Verwaltung Südafrikas in Südwestafrika (Namibia) sowie zu Deutschlands Unterstützung der israelischen Kriegsführung im Gazastreifen (einschließlich der Betroffenheit des Klägers Nicaragua durch US-Contra-Maßnahmen). Aus den dabei beobachteten Abläufen und Abhängigkeiten wird Paech klar: "[Der Kampf um das Recht ist hochpolitisch](#) und kann nur dann gewonnen werden, wenn der Druck der Völker die Normen des Rechts in die Richtung der Befreiung und Gleichberechtigung zwingt. Der lange Kampf um das Selbstbestimmungsrecht der Völker ist dafür ein lehrreiches Beispiel. Er wird vorwiegend in der UNO geführt. Die Justiz und die Gerichtshöfe sind nur der geregelte Kampfplatz, der den weitgehend unregulierbaren Kriegsschauplatz der Waffengewalt ersetzt, um den Fortschritt der Befreiung, Gleichberechtigung und des Friedens durchzusetzen. Aber auch sie sind hochpolitische Institutionen, um die ständig gerungen wird."

[Norman Paech](#), Jg. 1938, emeritierter Hochschullehrer für politische Wissenschaft; Mitglied in der 'Vereinigung demokratischer Juristinnen und Juristen' (VDJ), im 'Bündnis zur Beendigung der israelischen Besatzung e. V.', im Wissenschaftlichen Beirat der [IALANA](#), im [IPPNW](#), bei Attac und im Auschwitz-Komitee. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

● Shir Hever: **Der Tod ist einmal mehr ein Meister aus Deutschland**

Seit 2003 liefert Deutschland enorme Mengen an Waffen an Israel: Munition, Bomben, Raketen, gepanzerte Fahrzeuge, Artillerie und – ganz wichtig – Schiffe, Marineartillerie, U-Boote für die Seestreitkräfte. [Alle diese Kriegswaffen werden in Gaza eingesetzt](#), wo laut Shir Hever ein Vernichtungsfeldzug gegen die Bevölkerung durchgeführt wird. Dabei kann sich Israel als Besatzer

des Gazastreifens nicht auf das Selbstverteidigungsrecht berufen. Da zudem der UN-Sicherheitsrat zu einem Waffenstillstand aufgerufen, der Internationale Gerichtshof zu einem sofortigen Stopp des Tötens von Zivilisten aufgerufen haben, sich Israel aber nicht daran hält, verstößt es laut Hever gegen das Völkerrecht, was auch die Waffenlieferanten tun, mit deren Waffen die Aktionen Israels durchgeführt werden. Daher müsste Deutschland als Waffenexporteur nach Israel vor einem deutschen Gericht angeklagt werden. Aber bisher findet sich kein Staatsanwalt, der in Deutschland die entsprechende Klage erhebt. Hoffnung auf eine Klageerhebung sieht Hever erst dann, wenn z.B. in anderen EU-Ländern Gewerkschaften der Transportarbeiter, der Hafenarbeiter und/oder der Flughafenarbeiter den Transitverkehr für Waffenlieferungen nach Israel verweigern würden.

*[Shir Hever](#), Jg. 1978, *Spezialist für Wirtschaftsfragen in Israel und Palästina, untersucht ökonomische Aspekte und Auswirkungen der israelischen Besatzung der palästinensischen Territorien sowie der Kampagnen für 'Boykott, Desinvestment und Sanktionen' (BDS) gegen Israel.* (Red.)*

[Inhalt](#) ↑

● Joachim Guilliard: **Deutsche Verantwortung: gegen Völkermord, für die Menschen in Palästina**

Für Joachim Guilliard lassen “die flächendeckenden Zerstörungen und die Ermordung Zigtausender Menschen, mehrheitlich Frauen und Kinder, dazu das Aushungern der Bevölkerung sowie die von Regierungsmitgliedern offen geäußerten Ziele ihrer Vertreibung, ihrer ethnischen Säuberung“ den “Vorwurf, Israel sei dabei, Völkermord zu begehen, absolut gerechtfertigt erscheinen. Der IGH hat diesen Vorwurf daher zurecht für gut begründet und plausibel erklärt.“ Guilliard sieht durch den IGH-Entscheid nicht nur Israel verpflichtet, alle Handlungen einzustellen, die als Völkermord gewertet werden können, sondern auch alle Verbündeten Israels in der völkerrechtlich begründeten “Verpflichtung, alles in ihrer Macht zu tun, um [auch nur die bloße Möglichkeit eines Völkermords auszuschließen](#)“. Dazu passe nicht, dass die deutsche Regierung zeitweise die Unterstützung der UNRWA ausgesetzt habe. Dazu passe insbesondere auch nicht, dass Deutschland weiterhin Waffen an Israel liefere und damit Israels Gemetzel unterstütze. Bei deren Rechtfertigung dieser Unterstützung werde immer wieder Israel mit dem Judentum gleichgesetzt, was “nicht nur eine eklatante Missachtung der Vielzahl von Juden in der Welt [ist], die sich keineswegs mit diesem Staat identifizieren, sondern [dazu beiträgt], dass Juden allgemein für die israelische Politik mitverantwortlich gemacht werden, sich der Hass auf den Staat, der einen fürchterlichen Krieg führt, der als Apartheidstaat und Besatzungsmacht wahrgenommen wird, auf sie übertragen kann“.

Laut Guilliard trägt “die nahezu vorbehaltlose Förderung der israelischen Politik [...] auch keineswegs zum Schutz der jüdischen Bevölkerung bei, da sie nicht hilft, die Ursachen der Gewalt zu beseitigen – im Gegenteil. Denn das Unrecht, das der ursprünglichen Bevölkerung Palästinas bei der Gründung Israels angetan wurde, wirkt nicht nur bis heute fort, es wurde und wird immer weiter verschärft. Vom größten Teil ihres Landes vertrieben, leben sie zum großen Teil in Flüchtlingslagern und unter israelischer Besatzung. Die Palästinenser sind dadurch durchgängig verschiedenster Formen von Gewalt ausgesetzt.“ Guilliard sieht die Ursachen für den Hamas-Angriff vom 7. Oktober in dieser Vorgeschichte. Sicherheit für die Menschen in Israel sei durch physische Vernichtung seiner Gegner nicht zu erreichen.

Guilliard erinnert Deutschland vor dem Hintergrund des Holocaust daran, eine besondere Verantwortung für das palästinensische Volk zu haben, da es ohne die Judenverfolgung in Europa keine so massive Auswanderung nach Palästina, keine derart unfaire Teilung Palästinas, wie sie 1948 vorgenommen wurde, gegeben hätte. Auch Amira Hass mahne Deutschlands Verantwortung an, die es längst verraten habe. Auch wenn die völkerrechtlich basierte Zweistaatenlösung als Ausweg aus der gegenwärtigen Situation kaum vorstellbar sei, kann es nach Guilliard “zunächst nur darum gehen, den Krieg, den Völkermord zu stoppen und auch die Siedlergewalt im

Westjordanland. Anschließend muss der Kampf der Palästinenser in den besetzten Gebieten und in Israel um ihre Rechte, um ihre Selbstbestimmung, gegen die Apartheid unterstützt werden, auf allen Ebenen, auf internationaler Ebene, z.B. durch Anerkennung als Staat, in Palästina durch Druck auf Israel.“

[Joachim Guiliard](#), Jg. 1958, hauptberuflich IT-Berater, in der Friedensbewegung aktiv. Verfasser zahlreicher Fachartikel sowie Mitherausgeber bzw. -autor mehrerer Bücher über die von Kriegen betroffenen Länder im Nahen und Mittleren Osten. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- David Goeßmann: **Israels geheimer Krieg gegen den Internationalen Strafgerichtshof – und sein Scheitern**

Laut einer gemeinsamen Recherche des britischen Guardian, des israelischen Magazins +972 und des ebenfalls in Israel ansässigen Mediums 'Local Call' sollen die israelischen Geheimdienste seit 2015 eingesetzt worden sein, um hochrangige IStGH-Mitarbeiter zu überwachen, ihre Kommunikation zu hacken, sie unter Druck zu setzen, zu verleumden und angeblich auch [zu bedrohen, um die Ermittlungen des Gerichtshofs zu behindern](#). Ein ehemaliger israelischer Geheimdienstmitarbeiter sagte laut diesen Recherchen, das "gesamte militärische und politische Establishment" Israels habe die Gegenoffensive gegen den IStGH "als einen Krieg betrachtet, der geführt und gegen den Israel verteidigt werden muss. Der Vorgang wurde in militärischen Begriffen beschrieben." Die Recherchen stützen sich auf Interviews mit mehr als zwei Dutzend amtierenden und ehemaligen israelischen Geheimdienstoffizieren und Regierungsbeamten, hochrangigen IStGH-Vertretern, Diplomaten und Anwälten ab, die mit dem Fall und Israels Bemühungen, ihn zu unterminieren, vertraut sind. David Goeßmann stellt in seinem Artikel abschließend fest, dass die israelischen Einschüchterungsversuche auf den aktuellen Chefankläger des IStGH nicht zum gewünschten Ziel geführt habe, sondern dieser Haftbefehle gegen den Premierminister Benjamin Netanjahu und seinen Verteidigungsminister Joaw Galant sowie gegen drei Hamas-Mitglieder wegen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit ausgestellt habe und darauf bestehe, "dass alle Versuche, die Beamten dieses Gerichts zu behindern, einzuschüchtern oder in unzulässiger Weise zu beeinflussen, sofort eingestellt werden müssen". Allerdings führen weder die Haftbefehle, noch die Forderung des IGH, die Invasion von Rafah sofort zu stoppen, dazu, dass Israel seine Angriffe auf Gaza und Rafah stoppt.

[David Goeßmann](#), Jg. 1969, freier Journalist und Produzent des unabhängigen Nachrichtenmagazins Kontext TV. Von 2005 bis 2007 agierte er als freier Auslandskorrespondent in den USA für den ARD-Hörfunk, Spiegel Online und Die Welt. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Norbert Häring: **Norwegen behält Recht auf Barzahlung**

Die Regierung Norwegens plant Medienberichten zufolge, das Recht der Bürger zu stärken, Waren und Dienstleistungen mit dem gesetzlichen Zahlungsmittel, der norwegischen Krone, zu bezahlen. Der dazu vorgelegte Gesetzentwurf wird so begründet: "Für die Regierung ist es wichtig, [Sicherheit für diejenigen zu schaffen, die keine digitalen Zahlungslösungen nutzen wollen](#). [...]"

Sich ausschließlich auf digitale Zahlungslösungen zu verlassen, erhöht die Verwundbarkeit der Gesellschaft und kann in bestimmten Situationen zur Störung wichtiger gesellschaftlicher Funktionen beitragen. Vorsorge ist eine Investition, um der Verwundbarkeit entgegenzuwirken und wichtige Funktionen der Gesellschaft und die Bedürfnisse der Bevölkerung zu sichern.“

Wenig später hat das norwegische Parlament das Gesetz verabschiedet, das den Verbrauchern das Recht gibt, [in physischen Einrichtungen Waren und Dienstleistungen bar zu bezahlen](#). Das Gesetz schreibt vor, dass Kunden im traditionellen Warenhandel in Geschäften generell das Recht haben, bar zu bezahlen. Das Gleiche soll für Dienstleistungen gelten, die in Räumlichkeiten verkauft werden, die der Kunde aufsucht, wie Kinos, Restaurants, Hotels, Fitnesszentren und Wellness, wenn diese Dienstleistungen in irgendeiner Form vor Ort bezahlt werden können.

Eine ähnliche Initiative ist in Schweden unterwegs. Sowohl in Norwegen als auch in Schweden, wurde die Bargeldnutzung und -nutzbarkeit auf ein sehr geringes Niveau gedrückt. In Slowenien wurde bereits ein Gesetz zur Stärkung des Rechts auf Barzahlung verabschiedet. In Deutschland gibt es dieses Recht nicht. Hier wird die Vertragsfreiheit weit ausgelegt. Dadurch ist es privaten Anbietern erlaubt, einseitig eine bestimmte Art des Bezahlens festzulegen oder auszuschließen, solange dies deutlich kommuniziert wird.

[Norbert Häring](#), Jg. 1963, Volkswirt; seit 1997 Wirtschaftsjournalist (Gründer der 'Financial Times Deutschland'), seit 2002 beim Handelsblatt. Häring betreibt eine eigene Homepage. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

● **US-Gesetzentwurf untersagt der FED die Ausgabe digitaler Dollar**

Das US-Repräsentantenhaus hat am 23.05.2024 einen Gesetzentwurf verabschiedet, der es [der Federal Reserve \(FED\) untersagt, eine digitale Zentralbankwährung \(CBDC\) auszugeben](#), sofern sie nicht ausdrücklich vom Kongress dazu ermächtigt wurde. Der 'CBDC Anti-Surveillance State Act' wurde mit 216 zu 192 Stimmen verabschiedet. Fast ausschließlich entlang der Parteilinien: Die Republikaner waren dafür und die Demokraten dagegen. Die Republikaner argumentierten, dass ein digitaler Dollar "der Bundesregierung die Möglichkeit geben könnte, die Transaktionen der Amerikaner zu überwachen und politisch unliebsame Aktivitäten zu unterbinden". Bei den Demokraten wurde argumentiert, dass ein Verbot von CBDCs die Vorrangstellung des US-Dollars direkt bedrohe.

[TransitionNews](#) wird herausgegeben von der genossenschaftlichen Internet-Plattform 'Transition Media', die aus der 2020 von Christoph Pfluger gegründeten Datenbank Corona-Transition hervorgegangen ist. Die Plattform setzt sich für Meinungsvielfalt, Transparenz und gesellschaftskritischen Austausch ein. (Red.)

[Inhalt](#) ↑